

„Die Bevölkerung wird doppelt geplündert“

11. Februar 2014

Interview mit Pater Gregor Schmidt MCCJ

Das am 23. Januar vereinbarte Waffenstillstandsabkommen für den Südsudan besteht anscheinend nur auf dem Papier. Immer wieder flammen Kämpfe zwischen den Anhängern von Präsident Salva Kiir und dem früheren Vizepräsidenten Riek Machar auf. Der aus Berlin stammende Comboni-Missionar Pater Gregor Schmidt lebt seit März 2009 im Südsudan. Im Interview mit dem Internetportal Weltkirche spricht er über die Lage vor Ort und erklärt, welche Rolle die verschiedenen Ethnien im Konflikt spielen.

Angesichts der anhaltenden Kämpfe im Südsudan haben viele Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit einstellen müssen, die UNO hat einen Großteil ihres zivilen Personals ausfliegen lassen – warum bleiben Ordensleute, wie die Comboni-Missionare, trotz allem im Südsudan?

G.S.: In meiner Hausgemeinschaft ist uns klar, dass unsere Präsenz vor Ort wichtiger ist denn je. Das Evangelium gibt Zeugnis vom Licht Jesu, das in der Dunkelheit leuchtet. Dort, wo die Menschen es annehmen, wandelt sich Hass in Liebe und Verzweiflung in Zuversicht. In der Lebensform meines Ordens heißt es: „In der Nachfolge Christi wird der Missionar mit dem Leben, Arbeiten und Weg des Volkes solidarisch und teilt dessen Schicksal.“ Wenn das Schicksal Bürgerkrieg bedeutet, ist das auch mein Schicksal. Das tue ich bewusst und im Vertrauen auf Gott.

Ihre Pfarrei befindet sich im Bundesstaat Jonglei mitten im Rebellengebiet bei den Nuer. Wie ist derzeit die Situation vor Ort?

G.S.: Von den 11 Pfarreien unserer Diözese sind lediglich zwei nicht von den Kämpfen betroffen. Eine davon ist unsere Pfarrei. Das liegt an dem unzugänglichen Territorium. Es führt keine Straße in unser County. Und über den Fluss ist eine Attacke für die Armee zu gefährlich, weil die Rebellen weite Teile des Ufers kontrollieren.

In unserem Ort Old Fangak (s. Karte) gibt es eine gespannte Ruhe. Wenigstens plündern die Rebellen nicht wie an anderen Orten. Aber die Lebensmittelvorräte auf dem Markt gehen dem Ende zu. Z.B. ist das Mehl ausgegangen, so dass der Bäcker kein Brot mehr verkauft. (Nach UN-Angaben hat mittlerweile ca. ein Drittel der Bevölkerung Probleme, sich zu ernähren. Das sind knapp 4 Millionen Menschen.)



Das örtliche Krankenhaus wird von einer US-amerikanischen Ärztin geleitet. Es gibt eine Sandpiste, auf der kleine Propellerflugzeuge in der Trockenzeit Medikamente und anderes Material liefern. Die Behörden haben bisher Flüge nach Old Fangak verboten, um den Rebellen nicht zu helfen. Das ist reine Schikane, denn sie hätten der Ärztin sofort einen Flug bereit gestellt, falls sie ausreisen wolle. WFP (das Welternährungsprogramm) hat Druck gemacht, dass Transporte wieder möglich sind. Das kann sich aber schnell ändern, denn die Regierung bezichtigt die UNO, mit Rebellen zu kooperieren.

Fast täglich erreichen uns neue Flüchtlinge, die vor der herannahenden Armee fliehen. Sie berichten, dass die Regierung nicht als Befreier kommt, sondern sich gegenüber Nuer wie ein Aggressor verhält und selbst Zivilisten tötet.

Wenn weiterhin Menschen vor den Kämpfen fliehen, bedeutet das doch, dass das Waffenstillstandsabkommen, das am 23. Januar vereinbart wurde, nicht eingehalten wird.

G.S.: Wir hören von den Flüchtlingen aus den Bundesstaaten Upper Nile und Unity, dass es keinen Tag seit dem vereinbarten Waffenstillstand gegeben hat, an dem die Regierungsarmee nicht in Nuer-Territorium vorgedrungen ist. Präsident Salva Kiir ist in der stärkeren Position durch die Unterstützung der Armee Ugandas, Rebellengruppen aus dem Sudan/Dafur und angeblich auch M23 Rebellen aus der D. R. Kongo. Er will die Gunst der Stunde nutzen, am Boden Fakten zu schaffen, bevor die offiziellen Friedensverhandlungen beginnen.

In Unity State betreuen wir Comboni-Missionare die Pfarrei in Leer etwa 100 km südlich von der Provinzhauptstadt Bentiu. Bentiu wurde noch vor der Unterzeichnung des Abkommens von der Regierung eingenommen. Die Vereinbarung sah vor, dass alle Truppen an der Stelle ausharren sollten, wo sie sich gerade befanden. Die Regierung hat sich nicht nur nicht daran gehalten, sondern Söldner-Rebellen aus Dafur (die JEM) vorausgeschickt, die plündern, brandschatzen und Zivilisten töten. Am 1. Februar ist die Armee schließlich in Leer einmarschiert. Unsere Priester und Schwestern sind in den Busch geflüchtet.

In Upper Nile State bewegt sich die Regierungsarmee mit der SPLM-North (eine weitere Rebellengruppe des Sudan) langsam südwärts und hat mittlerweile die Grenze zu Jonglei State erreicht. Es dauert wohl noch einige Wochen, aber wenn kein echter Waffenstillstand erreicht wird, ist auch unser Ort gefährdet.

Das schlimme ist, dass die Bevölkerung doppelt geplündert wird. Zuerst kommen „unsere“ Rebellen, die hungrig sind und nichts Wichtiges dem Gegner hinterlassen wollen. Sie rauben Nahrung, Hühner und Benzin. Wenn dann die Armee mit Söldnern ankommt, wird das mitgenommen, was noch übrig ist. Auch wenn sich die Nuer Rebellen nicht besser verhalten, liegt die Verantwortung ganz bei der Regierung, denn ohne den Vorstoß der Armee würde es diese Tragödie und das Chaos nicht geben.

Ich habe weiter oben auch die M23 Rebellen genannt. Zwar haben unsere Flüchtlinge nicht von dieser Gruppe erzählt; es gibt aber einige Analysen auf Webseiten, die davon berichten. Nachdem die Kongolesische Armee mit den UN-Blauhelmen im November 2013 die M23 besiegt hat, sind diese sozusagen „arbeitslos“. Der ugandische Präsident Museveni hat sie daher angeheuert, im Südsudan auf Regierungsseite zu kämpfen. Diese Information muss aber von unabhängiger Seite bestätigt werden. Es würde jedoch offenlegen, wie verworren die Lage ist und wie sehr länderübergreifende Interessen von Kampala bis nach Karthum dominieren. Uganda ist die regionale „Schutzmacht“ und wird den Südsudan wohl für Monate oder sogar Jahre nicht verlassen, um seine Interessen zu wahren.

Ich will übrigens die Rebellen von Riek Machar nicht von Schandtaten freisprechen. Präsident Kirr hat ihnen vorgeworfen, ebenfalls den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Weil nach Old Fangak jedoch ausschließlich Menschen kommen, die vor der Regierungsarmee fliehen, berichte ich davon so ausführlich.

Nach Schätzungen des UNHCR sind mehr als 740.000 Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht; mehr als 120.000 Menschen sollen in die Nachbarländer geflohen sein. Wo kommen diese Menschen unter? Welche Schutzmöglichkeiten bietet die Kirche?

G.S.: Nur etwa 80 000 Menschen haben Zuflucht in den Lagern der UNO gefunden. Ich nehme an, dass die meisten anderen dahin flüchten, wo sie vermuten, dass die Kämpfe nicht hingelangen, und wo sie Familie haben. Alle Flüchtlinge in Old Fangak wohnen bei Verwandten. Es gibt hier kein Lager.

Die Kirche ist nicht in der Lage, vor den Kämpfen Schutz zu bieten. Selbst bewaffneten Blauhelmsoldaten fällt es manchmal schwer, die Flüchtlingslager vor dem Eindringen der Armee oder den Rebellen zu schützen. In Malakal, dem Bischofssitz unserer Diözese, hatten sich während der Gefechte bis zu 6.500

Menschen in die Kathedrale geflüchtet. Die Sitzbänke sind für 800 Personen ausgelegt. Glücklicherweise wurde das Gebäude nicht angegriffen.

In Leer hatte ein Dinka Händler um Schutz bei der Lokalverwaltung gebeten. Weil diese sich nicht im Stande sah, seine Sicherheit zu gewährleisten, wurde er in das Pfarrhaus der Comboni-Missionare geschickt. Der Lynchmob hätte aber auch vor der Kirche nicht halt gemacht. So wurde er unter Polizeischutz weggefahren und musste sich danach alleine bis ins Dinka-Territorium durchschlagen. Das Beispiel macht deutlich, dass die Kirche kaum Schutz bieten kann, wenn die Leute in Rage sind. Der Nuer Commissioner, der das County von Leer leitete und dem armen Dinka helfen wollte, wurde übrigens unter anderem wegen dieses Vorfalls abgesetzt.

Welche Rolle spielt die ethnische Zugehörigkeit in dem Konflikt?

G.S.: In den Medien wurde des Öfteren betont, es würde sich in erster Linie um einen Machtkampf zwischen wenigen Politikern handeln, nicht um einen ethnischen Konflikt. Das stimmt insofern, dass die Eskalation der Ereignisse durch Entscheidungen von Präsident Kiir und dem ehemaligen Vizepräsidenten Machar verursacht worden ist. Aber diese Personen sind vollkommen eingebettet in ihr Sippensystem. Individuelle Handlungen sind nicht einfach nur von Machtgelüsten geleitet, sondern folgen oft einer „ethnischen“ Logik. Das braucht den beteiligten Personen nicht mal bewusst sein.

Die Nuer in unserem County unterstützen alle Riek Machar, weil sie sich durch ihn Teilhabe an der Macht im Staat und Zugang zu den Einkünften der Ölreserven erhoffen. Sie wünschen sich auch, dass er 2015 zum Präsidenten gewählt wird. Das ist natürlich nach seinem nationalen Amoklauf eine Illusion.

Für fast alle Südsudanesen ist die ethnische Zugehörigkeit wichtiger als die nationale Identität. Die eigene Sippe und Ethnie sorgen traditionell für Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit. Es handelt sich um ein Beziehungsnetz, aus dem man nur schwer austreten kann, selbst wenn jemand sich dem widersetzen möchte. Der Druck der Verwandten ist enorm groß. Jemand, der Geld verdient, hat viele bittende Verwandte. Wie soll ein Politiker, der Staatsgelder verwaltet, reagieren? Am Ende ist es ihm lieber, den Staat zu verraten als die eigene Sippe. Was gemeinhin als Korruption und Vetternwirtschaft bezeichnet wird, ist das Grundmuster, wie Ethnien dafür sorgen, dass es allen Mitgliedern gut geht. Die Bevorzugung der eigenen Gruppe und daraus resultierende Konflikte hat es schon immer gegeben. Dieses Verhaltensmuster wird von Politikern lediglich fortgesetzt.

Der moderne Staat ist eine abstrakte Konstruktion, der mit der Lebenswirklichkeit der Menschen – zumindest auf dem Land – wenig zu tun hat. Wenn überhaupt ist die Existenz des Staates ein Problem, weil er in die inneren Angelegenheiten von Völkern eingreift, die sie selber regeln wollen. Es gibt z.B. ein traditionelles und ein nationales Strafrecht. Traditionell verrechnen Hirtenvölker alle Delikte in einen Betrag von Rindern, weil Nomaden keine Gefängnisse haben. Nach modernem Recht kann man aber ins Gefängnis kommen und für Taten bestraft werden, die traditionell keine Delikte sind. Das ist ein Hindernis, sich mit dem Staat anzufreunden.

Nach der Freude über die Unabhängigkeit in 2011 ist schnell die Ernüchterung gekommen, dass das Leben nicht merklich besser geworden ist. Auch sind die Interessenkonflikte zwischen Ethnien nicht gelöst worden. Das betrifft z.B. Rinderraub und Kämpfe um Weideland.

In Ihrem Rundbrief vom 8. Januar schreiben Sie bezüglich inter-ethnischer Konflikte: „Moralische Regeln gelten im Wesentlichen innerhalb der eigenen Gruppe. Ein Viehdiebstahl ist zwar gefährlich, aber es ist moralisch nicht verwerflich, zu rauben und dabei Menschen anderer Ethnien umzubringen.“ Wie kann angesichts dieses Gesellschaftsmodells ein Vielvölkerstaat friedlich bestehen, ohne dass die eigene Tradition und Identität aufgeben wird?

G.S.: Rinderraub ist eine Jahrtausende alte Tradition. Die Hirtenvölker müssen sich jedoch fragen, ob sie ihre Identität aufgeben, wenn diese Tradition aufgegeben wird. Ich würde das verneinen. Und wahrscheinlich würden Nuer und Dinka, die lange im Ausland gelebt haben, das auch verneinen. Kulturwandel gibt es überall.

Es ist aber nicht so, dass jemand am Rinderraub festzuhalten will, weil das zur eigenen Kultur gehört. Es sind die Notwendigkeiten des Heiratssystems, die Hirten zwingen zu rauben. Ohne den Brautpreis können sie nicht heiraten, und niemand würde seine Tochter „umsonst“ hergeben. Selbst Frauen bestehen auf ihrem Preis, weil das ein Zeichen von Wertschätzung ist. Eine Frau, die zu billig weggegeben wurde, schämt sich.

Ich bin in Uganda einem Mann begegnet, der seine Frau noch mit einem Brautpreis heiraten musste. Seine eigene Tochter hat aber ohne Gegenleistung heiraten dürfen. Es war ihm wichtiger, dass der Schwiegersohn eine gute Ausbildung hat und dass sich die beiden lieben. Ich denke, dass sich so ein Kulturwandel auch im Südsudan durchsetzen kann. Das dauert aber noch Jahrzehnte und wird nicht homogen geschehen.

Etwa 70 Prozent der Südsudanesen gehören einer Kirche an. Inwieweit liegt im Glauben als verbindendes Element zwischen den Volksgruppen eine Chance zur Lösung von Konflikten?

G.S.: Ich bin zunächst traurig, dass die gewaltfreie Seite des christlichen Glaubens so wenig verwurzelt ist. Die meisten Dinka sind Christen, viele Nuer sind es. Der ökumenische Rat der Kirchen hat während des Bürgerkrieges gegen die arabische Regierung in Karthum exzellente Arbeit geleistet und Zusammenhalt unter den südsudanesischen Völkern gestiftet. Der gewaltsame Widerstand wurde aber nicht in Frage gestellt. Denn ohne die Guerilla-Bewegung hätte es niemals das Unabhängigkeitsreferendum gegeben. Mit dem gleichen Argument der Notwehr rechtfertigen beide Seiten im aktuellen Konflikt ihre Handlungen.

Es gibt im Südsudan ein ehrliches Interesse an Jesus Christus und seinem Evangelium, aber es ist wie in allen Kulturen gefiltert durch die eigene Wahrnehmung. Christen nehmen mit Leichtigkeit das an, was ihnen Sinn macht. Was hingegen der eigenen Kultur entgegensteht, wird nur schwer integriert. So ist das ja auch in Deutschland. Christlichen Aspekte, die der säkularen Lebensweise widersprechen, werden eher ignoriert oder abgelehnt. Weil die ethnische Zugehörigkeit so fundamental das Leben der Menschen im Südsudan bestimmt, ist die Botschaft der universalen Familie Gottes etwas Fremdes, genauso wie es das weltanschaulich neutrale Äquivalent der universalen Menschenrechte ist. Das meinte ich damit, dass moralische Regeln im Wesentlichen innerhalb der eigenen Gruppe gelten.

Ich glaube daran, dass das Evangelium die Perspektive der Menschen langsam ändern wird. In den Städten kommen Menschen zusammen, sie beten in der gleichen Kirche, sie schließen Freundschaften über ethnischen Grenzen hinweg. Auf dem Land hingegen siedeln die Völker getrennt. Sie begegnen sich selten, oder wenn, dann oft als Banditen. Das beeinflusst natürlich, was Völker über ihre Nachbarn denken.

Ihre Frage beantworte ich etwas verhalten mit einem positiven Ausblick. Wenn wir an die nationale Einheit denken, müssen wir aber im Auge behalten, dass es auch Anhänger der traditionellen Religion und des Islam gibt. Einheit unter Christen darf nicht zu einem neuen Ausschluss von anderen Bürgern des Landes führen. Wovon ich überhaupt nichts halte, ist, die ethnische Identität mit einem aufgeblasenen Patriotismus zu ersetzen, der davon ablenken soll, dass der Kaiser keine Kleider an hat.

Die Bischöfe des Südsudan haben vergangene Woche in Juba über die angespannte Lage beraten. Sie fordern eine „dringende demokratische Reform“. Wie muss eine solche Reform aussehen?

G.S.: Mit dem Wort „demokratisch“ assoziieren wir ein Gesellschaftssystem, in dem mündige Bürger sich als Individuen engagieren. Im Südsudan haben die meisten Menschen eine kollektive Weltsicht. Nicht die persönliche Meinung, sondern die Sippe und die Tradition sind maßgeblich. Eine institutionelle politische Reform führt zu nichts, wenn Politiker und Wähler in ihrer ethnischen Gruppe verhaftet sind.

Während der Wahlen in 2010 habe ich bei einem anderen Hirtenvolk, den Mundari, gearbeitet. Die Ältesten trafen sich und beschlossen, was alle Leute gemeinsam wählen sollten. Weil in der Region 98% nicht lesen können, gab es einen Vorleser in der Wahlkabine, der das Kreuz gesetzt hat. Später wurden die Wahlen als frei und unverfälscht von der internationalen Gemeinschaft angenommen.

Für eine funktionierende Demokratie bedarf es einer Vorstellung vom Individuum als politischem Subjekt und auch eines gewissen Bildungsstandes. Ansonsten ist das Ganze eine Farce, denn politische Willensbildung kann nicht stattfinden. Im Südsudan kann nur eine von fünf Personen lesen. Frauen haben noch weniger Zugang zu Bildung. Es ist wahrscheinlicher, dass ein Mädchen Schwanger wird und an den Komplikationen der Geburt stirbt als dass es die Schule beendet. Bis auf Weiteres wird so oder so in der Politik die Perspektive von Frauen kaum vorkommen.

Anstatt westliche Demokratien als Maßstab zu nehmen, meine ich, dass es im Moment wichtiger ist, darauf zu achten, dass die Ethnien fair repräsentiert sind bei allen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind. Das ist im Südsudan mit über 60 Völkern nicht einfach. Desweiteren sollten Staatseinnahmen nicht von der Zentralregierung, sondern lokal verwaltet werden, wo Interesse besteht, dass Gelder investiert werden.

Das alles zementiert erst mal die ethnische Ordnung. Aber diese wird nicht dadurch überwunden, dass sie geleugnet wird, sondern indem die Probleme angesprochen werden, die damit einhergehen. Niemand soll

sich dafür schämen müssen, ethnisch zu fühlen oder danach zu handeln. Alles andere führt zu Heuchelei. Wenn der Staat irgendwann die Grundbedürfnisse seiner Bürger zuverlässig erfüllt und durch allgemeine Bildung ein Kulturwandel eingesetzt hat, wird die Bedeutung der Ethnie von allein schwinden. Und Männer werden es auch akzeptieren, dass Frauen im öffentlichen Leben ihren Platz reklamieren. Den müssen sie sich aber erkämpfen, wie das in Kenia oder Uganda geschehen ist. Keine Reform kann patriarchales Denken abschaffen.

Wie ist Ihre Prognose für die Zukunft des Südsudans? Wird es eine baldige friedliche Lösung geben?

G.S.: Ich gebe ungern eine Prognose, bin aber eher pessimistisch. Es ist natürlich möglich, dass ein Kompromiss zwischen Präsident Kiir und dem Rebellenführer Machar gefunden wird und zu der Situation zurück gekehrt wird, wie es vor dem Bürgerkrieg gewesen ist. Das ist aber keine Lösung und auch kein echter Friede, selbst wenn es wieder „friedlich“ ist. Wenn sich die internationale Gemeinschaft damit begnügt, dass es irgendwie ruhig bleibt, dann ist für die Menschen nichts dabei gewonnen, und irgendwann kommt es wieder zum Knall. Da ich nicht sehe, wie die Interessengegensätze ausgeglichen werden können, erwarte ich nichts Gutes für das Land in nächster Zukunft.

Mir scheint es, dass die internationale Gemeinschaft vor allem an einem stabilen Staatswesen interessiert ist, egal wie das intern durchgesetzt wird. Sonst hätte die Armee Ugandas nicht stillschweigend freie Hand erhalten, in einer Luft- und Bodenoffensive massiv gegen die Rebellen vorzugehen. Dabei sind die Nuer das Bauernopfer, und die Morde an hunderten Nuer Zivilisten durch Sicherheitskräfte des Präsidenten in der ersten Woche der Kämpfe, die aus einer Soldatenrevolte dem Konflikt eine ethnische Dimension gegeben haben, werden unter den Tisch gekehrt. Präsident Kiir möchte 2015 eine zweite Amtsperiode antreten. Bisher hat er die Kontrolle durchzusetzen. Es würde aber bedeuten, dass der nationale Versöhnungsprozess unmöglich gemacht wird. Nur ein Präsident einer unbeteiligten Minderheit könnte glaubhaft vermitteln.

Was die christliche Arbeit betrifft, so hoffe ich, dass sie Früchte bringt. Das lässt sich aber nicht wie ein Projekt in einem vorgegebenen Zeitraum implementieren. Die Kirche atmet im Rhythmus von Generationen, und so glaube ich, dass es lange dauert, bis die Werte des Evangeliums in der Gesellschaft verwurzelt sind und die Glaubensgemeinschaft eine stärkere Identität ist als die eigene Ethnie.

Die Medien haben leider nur eine kurze Aufmerksamkeitsspanne. Aber das, was wirklich dem Friedensprozess in der Gesellschaft dient, ist die tägliche unscheinbare Arbeit von zivilen und kirchlichen Gruppen, die gewaltfrei Versöhnungsarbeit leisten.

Foto: Pater Gregor Schmidt vor dem Eingang der Pfarrei (im Hintergrund das Kirchengebäude)

